

The logo for AVE (Aussenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V.) features the letters 'AVE' in a bold, italicized, sans-serif font. The 'A' and 'V' are connected, and the 'E' is slightly separated. The letters are dark grey.

Aussenhandelsvereinigung
des Deutschen Einzelhandels e.V.

**Für einen erfolgreichen Abschluss der
Doha Entwicklungs-Agenda**

AVE Position

Einleitung

Im Dezember 2005 fand die 6. WTO-Ministerkonferenz in Hongkong statt. Ursprünglich war vorgesehen, die laufende Verhandlungsrunde über die Doha Entwicklungs-Agenda (Doha Development Agenda – DDA), deren Ziel die weitere Liberalisierung des Welthandels ist, in Hong Kong abzuschließen. Aufgrund der geringen Verhandlungsfortschritte konnten jedoch lediglich einige Eckpunkte und ein Verhandlungsplan für 2006 vereinbart werden.

Dieses Ergebnis ist sehr enttäuschend. Dadurch, dass die Agrarverhandlungen im Mittelpunkt standen, war ein substantieller Fortschritt bei den Themen, die für den deutschen Handel von Bedeutung sind, nicht möglich. Die AVE hatte auf Fortschritte in entscheidenden Bereichen wie Marktzugang, Liberalisierung des Dienstleistungssektors, Reform der Anti-dumpingregeln und Handelserleichterungen gehofft. Auch das unbefriedigende Ergebnis des so genannten Entwicklungspakets für die am wenigsten entwickelten Länder (least developed countries - LDCs) gibt dem deutschen Handel Grund zur Sorge. Ursprünglich sollte sämtlichen LDCs ab 2008 zoll- und quotenfreier Zugang zu allen Industrieländern gewährt werden – eine Idee, die von der EU bereits im Rahmen der „Alles außer Waffen“-Initiative (EBA) umgesetzt worden ist. Leider lehnten einige WTO-Mitglieder eine entsprechende Verpflichtung ab und schlossen bestimmte Länder und Sektoren von einem zoll- und quotenfreien Marktzugang aus. So zum Beispiel die USA, die Textilien aus Bangladesh aus dem Paket herausnahmen.

Die Tatsache, dass die WTO Ministerkonferenz nicht völlig gescheitert ist, mag als Erfolg gewertet werden. Jedoch kann sich die WTO keinen weiteren Aufschub bei den Verhandlungen leisten. In dieser Phase kann nur ein Schritt vorwärts als Erfolg betrachtet werden, nicht aber ein halbherziges Interim-Abkommen wie in Hongkong vorgelegt. Im Juli 2007 läuft in den USA die *Trade Promotion Authority* (TPA) aus. Wenn die DDA bis zu diesem Zeitpunkt nicht zum Abschluss gebracht werden kann ist davon auszugehen, dass der multilaterale Liberalisierungsprozess für mehrere Jahre stagnieren wird. Dies wäre der schlimmste Fall, sowohl für die Industrieländer als auch für die Entwicklungsländer, denn Potenziale für Wachstum und Entwicklung blieben ungenutzt.

Für einen rechtzeitigen Abschluss der DDA benötigt das multilaterale Handelssystem weit- aus mehr Einsatzbereitschaft und Ehrgeiz seitens aller Handelspartner.

Die AVE begrüßt die Anstrengungen, die die Europäische Union unternommen hat, um die Verhandlungen voranzubringen. Sie appelliert jedoch an Kommissar Mandelson, jetzt entschieden für die Erzielung eines umfassenden Abschlussdokuments zu kämpfen.

Die AVE fordert auch alle Regierungen der WTO-Mitgliedsländer dazu auf, in den nächsten Monaten konstruktiv zusammenzuarbeiten. Die WTO ist die einzige Institution, die sich sowohl für eine multilaterale Liberalisierung des Handels zur Förderung von Wachstum und Entwicklung einsetzt als auch für multilaterale Handelsregeln, die Rechtssicherheit und Gerechtigkeit gewährleisten. Beides ist unter den heutigen, sich schnell verändernden Bedingungen einer globalisierten Welt von größter Bedeutung. Ein Scheitern der DDA würde der WTO als Institution schaden.

Alle Staaten, die der WTO beigetreten sind, um von ihr zu profitieren, müssen nun ihrer Verantwortung gerecht werden und das System funktionsfähig machen.

in Hongkong einigten sich die Mitglieder der WTO auf eine Ministererklärung und auf das so genannte „Doha-Arbeitsprogramm“

(http://www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min05_e/final_text_e.htm), um die DDA noch im Jahre 2006 abschließen zu können. Die AVE befürwortet dies. Für AVE-Mitglieder ist jedoch nicht nur von zentraler Bedeutung, ob die Minister die gesetzten Fristen einhalten können werden, sondern auch, ob es der Europäischen Kommission schließlich gelingen wird, die offensiven Interessen des Handels durchzusetzen und die dringend benötigten Ergebnisse zu erzielen.

Im Oktober 2005 veröffentlichte die AVE in einem Positionspapier die Erwartungen des Europäischen Handels an die DDA. Dieses Positionspapier mit dem Titel „*AVE Position zur 6. WTO-Ministerkonferenz in Hong Kong*“ kann auf der Homepage der AVE (www.ave-koeln.de) unter „Meinungen“ abgerufen werden. Es benennt die offensiven Interessen des Handels und fordert darüber hinaus weitere Zugeständnisse von europäischer Seite im Agrarbereich. Der Inhalt dieses Positionspapiers hat nichts an seiner Gültigkeit verloren und die AVE möchte ihre Forderungen an dieser Stelle nochmals wiederholen.

Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte (NAMA)

Mit der Ministererklärung wurde eine Schweizer Formel zur Zollsenkung verabschiedet. Leider ist im Text nicht exakt definiert, auf welche der zwei zuvor diskutierten Schweizer Formeln er sich bezieht.

Die AVE befürwortet die Anwendung der von der EU unterstützen ursprünglichen Schweizer Formel ohne jegliche Modifikation. Diese Formel ist einfach in der Anwendung und hat den Vorteil, dass hohe Zölle stärker gesenkt werden als niedrige. Der Koeffizient für Industrieländer sollte nicht unter 15 % liegen und es sollte nicht nur zu einer spürbaren Senkung der gebundenen, sondern auch der angewandten Zölle kommen.

Sowohl Entwicklungs- als auch Industrieländer würden ganz erheblich von einer Liberalisierung des Handels mit Fertigprodukten profitieren. Dies geht aus einer kürzlich vorgestellten Studie mit der Bezeichnung „Gewinner und Verlierer: Die Auswirkungen der Doha-Runde auf Entwicklungsländer“ hervor, die 2006 von der unabhängigen *Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden* veröffentlicht wurde.

Die AVE fordert deshalb einen erheblich besseren Marktzugang für sämtliche Produkte der Kombinierten Nomenklatur. Ausnahmeregelungen für so genannte „besonders sensible Produkte“, wie sie von bestimmten Interessengruppen gefordert werden, sollten vermieden werden. Ein sektoraler Ansatz ist nur dann zu begrüßen, wenn in den entsprechenden Verhandlungen Zollsenkungen erzielt werden, die über die Senkungen durch die Schweizer Formel hinausgehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist es von größter Wichtigkeit, die Frist zur Ausarbeitung der Modalitäten (30. April 2006) und zur Einreichung der vollständigen Listenentwürfe (31. Juli 2006) einzuhalten. Die Tatsache, dass in der Ministererklärung eine Verknüpfung zwischen den beiden großen Themen NAMA und Landwirtschaft hergestellt wird, lässt hoffen, dass schließlich doch ein vergleichbar hoher Grad an Ambition hinsichtlich des Marktzugangs für alle Güter erreicht wird.

Nicht-tarifäre Handelshemmnisse (NTBs)

Nach Hongkong wurden die Verhandlungen über den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse (non-tariff-barriers to trade - NTBs) wieder aufgenommen. Am 30. April sollen alle WTO-Mitglieder Liste vorlegen, aus denen sich die NTBs ergeben, die die Länder bereit sind abzubauen. Von Mai bis Juli 2006 sollen diese Forderungen dann bilateral verhandelt werden.

Die AVE begrüßt die Aufnahme strukturierter Verhandlungen über NTBs.

Handelsunternehmen stehen aufgrund unterschiedlicher technischer Normen in Drittländern oftmals vor großen Problemen. Dies gilt insbesondere für Türkei, Rumänien, Bulgarien, Schweiz und Russland. In einigen dieser Länder wird das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung auf elektronische Produkte oft nicht angewandt, Detailanforderungen der Standards können sich schnell ändern. Die Folge sind zeit- und kostenaufwändige Zertifizierungsverfahren für Güter, die dem europäischen technischen Standard entsprechen und deshalb bereits als sicher eingestuft werden können.

Zu nicht-tarifären Handelshemmnissen zählen auch überzogene Anforderungen an die Produktkennzeichnung. China und Brasilien haben beispielsweise sehr hohe Anforderungen an den Nachweis der Zusammensetzung von Schuhen. Dies geht einher mit Schwierigkeiten für Händler, einschlägige Informationen über die genauen, teilweise unerwarteten Anforderungen zu beschaffen. Für einen Abbau dieses NTB sollten sich die WTO-Mitglieder auf einheitliche Produktkennzeichnungen einigen, zumal davon ausgegangen werden kann, dass Verbraucher weltweit die gleichen Bedürfnisse bezüglich der Produktinformationen haben. Handelsunternehmen würden es ebenfalls begrüßen, wenn der Zugang zu entsprechenden Informationen in den einzelnen WTO-Mitgliedsländern erleichtert würde, beispielsweise durch ein „Exporters Helpdesk“ im Internet, wie es die EU bereits anbietet.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt Russlands zur WTO gewinnt dieses Thema noch mehr an Bedeutung. AVE-Mitglieder stehen oft vor Problemen an russischen Grenzübergängen, weil Änderungen der Importbestimmungen nicht veröffentlicht werden und oft nur den Zollbeamten bekannt sind, die wiederum dazu neigen, sie unterschiedlich zu interpretieren. Das betrifft auch die Warenklassifizierung.

Als Importeure von Konsumgütern leiden AVE-Mitglieder jedoch in erster Linie unter europäischen NTBs, die meist nur protektionistischen Zwecken dienen. Insbesondere die europäischen Anforderungen an die Produktkennzeichnung und -verpackung sollten abgebaut und nicht etwa erweitert werden.

Liberalisierung des Dienstleistungssektors

Mit der Ministererklärung von Hongkong wurde auch die Anlage C verabschiedet. Diese schafft eine Grundlage für weitere Liberalisierungsverhandlungen im Dienstleistungsbereich, der auch Vertriebsdienstleistungen (Einzel- und Großhandel) einschließt. Die AVE verspricht sich von einem neuen GATS-Abkommen einen besseren Marktzugang in Drittländern für investitionswillige AVE-Mitglieder. Die bisher von Drittländern vorgelegten Angebote waren enttäuschend und bedürfen einer möglichst raschen Nachbesserung.

Die Anlage C der Ministererklärung enthält drei aus Sicht der AVE begrüßenswerte Punkte:

Erstens ermöglicht sie den WTO-Mitgliedern, ihre Liberalisierungsangebote auf plurilateraler Ebene zu verhandeln. Vor Hongkong war es notwendig, Maßnahmen zur Dienstleistungsliberalisierung auf multilateraler Ebene zu verhandeln, was von Ländern behindert wurde, die ihre Märkte für Dienstleistungen aus dem Ausland nicht öffnen wollten. Dieses Hindernis kann nun umgangen werden.

Die AVE hat die EU-Kommission bereits aufgefordert, sich vornehmlich auf Länder wie China, Japan, Indien, Brasilien, Malaysia, Mexiko und die USA zu konzentrieren, wo Einzel- und Großhändlern die Errichtung von Handelspräsenzen erleichtert werden muss. Weitere Forderungen der AVE sind: Vermeidung von Diskriminierung bei der Erteilung von Lizenzen; Abschaffung von wirtschaftlichen Bedarfsprüfungen (economic needs tests) bzw. Durchführung nach dem Prinzip der Inländerbehandlung; keine Behinderung von Immobilienkäufen durch überzogene bürokratische Vorschriften oder Diskriminierung.

Zweitens fordert die Ministererklärung eine gezielte technische Unterstützung für Entwicklungsländer und LDCs, um deren Teilnahme an den Verhandlungen möglich zu machen. Diese Länder hatten sich in der Vergangenheit oft beschwert, aufgrund von Kapazitätsproblemen keine substantiellen Angebote machen zu können. Die vorgesehene technische Unterstützung, die zu einer Lösung dieser Probleme beitragen kann, muss umgehend in die Praxis umgesetzt werden.

Drittens legt die Ministererklärung exakte Fristen für die Dienstleistungsverhandlungen im Jahre 2006 fest (28.02; 31.07; 31.10.), um den notwendigen Fortgang des Prozesses zu gewährleisten. Diese Fristen müssen streng eingehalten werden.

Handelserleichterungen

Die Ministererklärung enthält ebenfalls ein kurzes Kapitel über Handelserleichterungen, in dem die in Anlage E genannten Modalitäten noch einmal unterstrichen werden. Das Thema erwies sich in Hong Kong als der einzige Bereich, zu dem alle Mitgliedsstaaten im Vorfeld der Ministerkonferenz einen konstruktiven Beitrag geleistet haben.

Im Mittelpunkt stehen (u.a.): Verbesserungen hinsichtlich Veröffentlichung und Zugänglichmachung von Handelsbestimmungen; längere Fristen zwischen Veröffentlichung und Umsetzung; Maßnahmen zur Förderung von Unparteilichkeit und Nichtdiskriminierung; allgemeine Regeln im Bereich der Import- und Exportgebühren; verstärkte Nutzung internationaler Standards; Abbau von verwaltungstechnischen Formalitäten und Dokumentationsanforderungen; Praktizierung des ‚single-window‘-Konzepts ; Abschaffung der Inspektionen vor Versand; Aufstellung objektiver Kriterien für die Zollklassifizierung; vereinfachte und präferenzielle Zollabfertigung; Beschränkung von Inspektionen und Kontrollen, etc.

Die AVE hat viele dieser Maßnahmen im Vorfeld gefordert und befürwortet den Ansatz der WTO-Mitglieder.

Die AVE betont, dass Maßnahmen zur Handelserleichterung nicht nur die Grenzen zu Drittländern betreffen, sondern auch die Grenzen zu Europa, an denen Importeure immer noch mit unterschiedlichen Hindernissen zu kämpfen haben, die einen reibungslosen Import in die EU erschweren.

Die im Bereich der Handelserleichterungen erzielten Ergebnisse sollten bis spätestens Ende 2007 umgesetzt werden, selbst wenn die DDA nicht rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden kann. Bezüglich Handelserleichterungen gibt es einen breiten Konsens zwischen vielen WTO-Mitgliedern. Die Vorteile hieraus sollten nicht politischem Taktieren zum Opfer fallen sondern in einer Nebenvereinbarung zum Abschluss gebracht werden.

Die AVE begrüßt auch die Empfehlung der WTO-Mitglieder, Entwicklungsländern und LCDs finanzielle und technische Unterstützung zukommen zu lassen, um ihnen die Teilnahme an den Verhandlungen und die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen zu ermöglichen.

Handelsregeln

Europäische Importeure verlangen - genau wie auch die Entwicklungsländer - strengere Regeln und höhere Grenzwerte für die Einleitung von Antidumping-Verfahren.

Die AVE begrüßt, dass - trotz des langen Zögerns der USA, die aktuelle WTO-Vereinbarung zu Antidumping neu zu verhandeln - die Ministererklärung eine Verpflichtung aller WTO-Mitglieder enthält, die Anti-Dumping-Verhandlungen gemäß Anhang D der Ministererklärung von Hongkong fortzusetzen. Erfreulicherweise erkennen alle die Notwendigkeit einer Reform der jetzigen Antidumping-Vereinbarung an. Dadurch soll mehr Transparenz, Vorhersagbarkeit und Klarheit im Rahmen von Antidumping-Verfahren geschaffen und der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, ungerechtfertigte Verfahren zu vermeiden. Die AVE hat diese Änderungen seit Beginn der DDA gefordert.

Schlussfolgerung

Der Schlüssel zu einem erfolgreichen und rechtzeitigen Abschluss der DDA liegt in der Landwirtschaft. Zwar beträgt der Anteil der Agrarprodukte am Welthandel weit weniger als 10 %, aber nur wenn dieses Thema in Angriff genommen wird, kann die Liberalisierung des Handels mit Industriegütern und Dienstleistungen voranschreiten. Die AVE appelliert daher an die EU, die Prioritäten richtig zu setzen, indem sie der WTO ein besseres Angebot zur Landwirtschaft unterbreitet und mehr Zugeständnisse in den Bereichen NAMA, GATS und Handelsregeln von ihren Handelspartnern fordert - insbesondere von aufstrebenden Staaten, die seit kurzem ihre Konkurrenzfähigkeit in einzelnen Bereichen ausbauen konnten.